



Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Newsletter Mai 2019

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 6
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 16
Neu in der Bibliothek.....	S. 21
Am rechten Rand.....	S. 22
Bildnachweise und Impressum.....	S. 28

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 26. Mai findet die Europawahl statt. Gewählt werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für 5 Jahre. Es ist zu erwarten, dass der Aufstieg der Populisten in einer Reihe von Ländern sich in der Zusammensetzung des neuen Europaparlaments niederschlagen wird. Diese nationalistischen Kräfte vertreten eine Politik der Schließung und propagieren eine radikale Rückbesinnung auf nationalstaatliche Souveränität. Sie nutzen die Europäische Union als Buhmann, um Kritik an unbeliebten eigenen politischen Maßnahmen umzuleiten.

So steht zu befürchten, dass zum ersten Mal ein relativ starker – wenn auch keineswegs einheitlicher – Block ins Parlament einziehen könnte, der der EU ablehnend bis feindlich gegenübersteht. Ihnen stehen die Befürworter einer Vertiefung der europäischen Integration gegenüber.

Die skizzierten Tendenzen finden sich nicht nur in der „großen Politik“, sondern auch in der Mitte der Bevölkerung. Die vor wenigen Tagen veröffentlichte neue „Mitte“-Studie (S. 16) zeigt: Zwar befürwortet die ganz deutliche Mehrheit die Demokratie, begrüßt die Vielfalt der Gesellschaft und fordert eine Stärkung der Europäischen Union. Trotzdem wird diese Haltung bei rund einem Drittel der Befragten begleitet von illiberalen Einstellungen zur Demokratie, dem Hang zu Verschwörungsideen („Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit“) und dem Infragestellen der gleichen Rechte für alle. Gegenüber bestimmten Gruppen – beispielsweise Geflüchteten – gibt es eine sehr breite Ablehnung.

Inwieweit diese Ressentiments sich in der Wahl entsprechender Parteien widerspiegeln, wird die Europawahl zeigen.

Alle Informationen rund um die Wahl finden Sie unter: <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/europa/>
Inhaltliche Beiträge zur Europawahl unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/>

Dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeit sind – daran erinnert auch der 70. Jahrestag des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949 verkündet wurde. Es ist nicht nur Fundament der deutschen Demokratie, sondern dient auch denjenigen, die sich – wie beispielsweise die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – für ein demokratisches Gemeinwesen engagieren als Grundlage für ihr Handeln. (s. dazu auch die Veranstaltung des Vereins EL-DE-Haus u.a. auf S. 19).

Im Mai finden jede Menge interessanter Veranstaltungen statt. Ich darf Sie insbesondere hinweisen auf den Vortrag von Dr. Thomas Roth im Rahmen der Sonderausstellung „Der Volksgerichtshof 1934–1945“ (S. 2), unsere neue Ausstellung „Neues Bauen im Rheinland und in Palästina – Erez Israel“ (S. 2) sowie auf das Gespräch mit dem Holocaust-Überlebenden und Autor Peter Finkelgruen und der Lesung von Textauszügen aus seiner autobiografischen Erzählung „Erlkönigs Reich“ (S. 4).

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Öffentliche Führungen im Mai 2019



Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führungen mit Oliver Meißner zu folgenden Terminen:

Donnerstag, 2. Mai 2019, 18.30 (KölnTag)
Samstag, 4. Mai 2019, 14 Uhr
Freitag, 17. Mai 2019, 15 Uhr

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr: fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (am Donnerstag, den 2.05.2019 ist KölnTag: Kein Eintritt für Menschen mit Wohnsitz in Köln)

Kölnnerinnen und Kölner vor dem Volksgerichtshof

Vortrag, Donnerstag, 9. Mai 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Am 15. Januar 1945 verurteilte der Berliner Volksgerichtshof den christlichen Gewerkschaftler und katholischen Widerständler Nikolaus Groß zum Tode. Acht Tage später wurde der siebenfache Vater in Plötzensee hingerichtet. Er ist das wohl bekannteste Kölner Opfer dieses nationalsozialistischen Terrorinstruments, doch längst nicht das einzige.

Der Vortrag von Dr. Thomas Roth skizziert, welche Bedeutung der Volksgerichtshof für die Verfolgung von Widerstand und Regimekritik in Köln hatte. Er beschreibt, wie die Justiz im Laufe des NS-Regimes mit immer größerer Schärfe gegen „Staatsfeinde“ vorging. Und er stellt – anhand von Fallbeispielen – die Opfer der Terrorjustiz vor, bekannte und unbekannt. Das Spektrum der Verurteilten ist breit: Es umfasst Kommunisten und Sozialisten, Angehörige der christlichen Kirchen und der Zeugen Jehovas und jene, die gegen Kriegsende wegen kriti-



scher Bemerkungen über den NS-Staat angeklagt wurden: als „Wehrkraftzersetzer“.

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der Volksgerichtshof 1934–1945“

Eintritt: 4,50 €, erm. 2 €

Neues Bauen im Rheinland und in Palästina – Erez Israel:

Josef Rings und Erich Mendelsohn

Ausstellungseröffnung, 16. Mai 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Die Architekten Josef Rings (1878–1957) und Erich Mendelsohn (1887–1953) stehen beispielhaft für zwei Vertreter der architektonischen Moderne in Deutschland und später im Exil in Palästina. Den Zenit ihres beruflichen Erfolges hatten sie parallel zum sich entfaltenden Bau-

haus erreicht. Durch den Machtantritt der Nationalsozialisten waren sie gezwungen, Deutschland Richtung Erez Israel zu verlassen. Dort gelang es beiden, sich erneut in ihrem Beruf zu etablieren und weiterhin größere Projekte zu verwirklichen.



Die Ausstellung zeigt einige der Bauwerke, die beide Architekten im Deutschen Reich und insbesondere im Rheinland und im Ruhrgebiet geschaffen haben, sowie ihr Wirken in dem damaligen Mandatsgebiet Palästina. Die von Dr. Micha Gross (Tel Aviv)

und Dr. Ines Sonder (Potsdam) kuratierte Ausstellung ist ein aktueller Beitrag des NS-DOK zu dem 100. Jubiläumsjahr des Bauhauses. Sie ist für Köln von besonderem Interesse, da sie einen Einblick in die Bauhaus-Architektur unserer Partnerstadt Tel Aviv bietet.

Ausstellung und Katalog sind das Ergebnis einer Kooperation des Bauhaus Centers Tel Aviv, der Alten Synagoge Essen und des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam.

Die Ausstellung ist als „kleine Ausstellung im Gewölbe“ bis zum 14. Juli 2019 im NS-Dokumentationszentrum zu sehen.

Öffentliche Führungen durch die Sonderausstellung

Montag, 20. Mai 2019, 17 Uhr: Exklusiv-Führung für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V. mit Martin Vollberg

Freitag, 5. Juli 2019, 15 Uhr: Öffentliche Führung mit Martin Vollberg
Eintritt zzgl. 4,50 € Führungsgebühr

Sonntag, 14. Juli 2019, 14 Uhr: Führung mit Martin Vollberg
Eintritt zzgl. 2 € Führungsgebühr

Der Volksgerichtshof – Terror durch „Recht“

Öffentliche Führung, Sonntag, 19. Mai 2019, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Der Volksgerichtshof wurde 1934 von den Nationalsozialisten zur „Bekämpfung von Staatsfeinden“ geschaffen. Bis Kriegsende mussten sich mehr als 16.700 Menschen vor diesem neuen obersten politischen Gericht verantworten, das ab 1942 jeden zweiten Angeklagten zum Tode verurteilte.

Die Ausstellung informiert über die Entstehung und Organisation des Gerichts, beleuchtet am Beispiel von Einzelschicksalen seine Urteilspra-

xis und informiert über den Umgang mit dem ehemaligen Gerichtspersonal nach 1945.

Öffentliche Führung mit Oliver Meißner im Rahmen des Museumsfests (s.u.). **Eintritt und Führungsgebühr werden nicht erhoben.**



„So hat es angefangen“

30 Jahre Bibliothek im NS-Dokumentationszentrum



Der autobiographische Bericht von Ludwig August Jacobsen über die Anfänge des NS-Regimes in Köln war das erste Buch, das im Eingangsbuch der Bibliothek des NS-DOK verzeichnet wurde. Heute bietet sie ihren Besucherinnen und Besuchern rund 24.500 Fachbücher zu Geschichte des Nationalsozialismus an.

Das 30jährige Jubiläum der Bibliothek wird während des Museumstages am 19. Mai 2019 mit besonderen Angeboten gefeiert (s.u.).

Museumstag 2019

Sonntag, 19. Mai 2019, 11 Uhr – 18 Uhr, EL-DE-Haus

11:30 Was geschah im EL-DE-Haus?

Familienführung (Kinder ab 8 Jahren) mit Barbara Kirschbaum
Treffpunkt: Foyer

13:00 Kölner Jugend zwischen Anpassung und Widerstand

Führung durch die Dauerausstellung und die Gedenkstätte Gestapogefängnis mit Dr. Martin Rüter
Treffpunkt: Foyer

14:00 „So hat es angefangen“ – 30 Jahre Bibliothek im NS-Dokumentationszentrum

Führung durch die Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums mit Astrid Sürth
Treffpunkt: Bibliothek

14:00–18:00 „So hat es angefangen“ – 30 Jahre Bibliothek im NS-DOK

Präsentation von besonderen Büchern und Zeitschriften aus den Beständen der Bibliothek

14:00–18:00 Bücherflohmarkt

Verkauf von Dubletten gegen eine Spende zugunsten des Vereins EL-DE-Haus

14:00 „Der Volksgerichtshof – Terror durch Recht“

Führung durch die Sonderausstellung mit Oliver Meißner
Treffpunkt: Foyer

15:00 Lebendige Erinnerung

Führung durch die Dauerausstellung und die Gedenkstätte Gestapogefängnis mit Birte Klarzyk
Treffpunkt: Foyer

16:00 Köln im Nationalsozialismus

Direktorenführung durch die Dauerausstellung und die Gedenkstätte Gestapogefängnis mit Dr. Werner Jung
Treffpunkt: Foyer

17:00 Liebesgeschichten

Führung durch die Dauerausstellung und die Gedenkstätte Gestapogefängnis mit Barbara Kirschbaum
Treffpunkt: Foyer

Eintritt: frei



Gefördert von 

„Kein Ort. Nirgends“? – Eine Geschichte der Flucht über die Kontinente vor dem NS-Regime, dem Ankommen und einem Leben in Deutschland

Gespräch und Lesung, Donnerstag, 23. Mai 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Peter Finkelgruen wurde 1942 in Shanghai geboren, wohin seine Eltern vor dem Nazi-Regime geflüchtet waren. Dort starb sein Vater im Ghetto für „staaten-

lose Flüchtlinge“. Nach der Befreiung ging Peter Finkelgruen mit seiner Mutter zurück nach Prag, wo seine Großmutter lebte. Sie hatte die Konzentrationslager Ravensbrück, Auschwitz und Majdanek überlebt. Peter Finkelgruen besuchte in Prag die Schule und wanderte nach dem Tod seiner Mutter mit seiner Großmutter nach Israel aus. Dort absolvierte er das Abitur und ging nach Deutschland, wo er Politikwissenschaften, Soziologie und Geschichte studierte.

Die Lebensgeschichte von Peter Finkelgruen und das Schicksal seiner Familie zeigen anschaulich, dass Geschichte deutlich verworrener und komplexer sein kann, als sie sich uns oft darstellt. Die Schatten der NS-Zeit sind lang und reichen bis in die Gegenwart. Flucht, Vertreibung und Ermordung von Familienangehörigen haben ihre Spuren im Leben der Nachfahren hinterlassen und sind noch heute präsent.

Gespräch mit dem Überlebenden und Autor Peter Finkelgruen und Lesung von Textauszügen aus der autobiografischen Erzählung „Erlkönigs Reich“

Moderation: Alexandra Herzog, Textauszüge: Thomas Wissmann

Eine Veranstaltung von „Die Pluralisten e.V.“ in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Eintritt: frei

Das jüdische Köln – Vom „Jüddespidohl“ durch das jüdische Ehrenfeld Exkursion, Sonntag, 26. Mai 2019, 15 Uhr, Köln-Ehrenfeld



Ehrenfeld besitzt eine eindrucksvolle jüdische Vergangenheit und Gegenwart. Ein Rundgang öffnet den Blick für die jüdischen Bewohner und ihr Leben.

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentations-zentrums.

Treffpunkt: Wohlfahrtszentrum Ottostr. 85 (Eingang Nussbaumer Str.) Köln-Ehrenfeld

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung unter: aaron_knappstein@gmx.de

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und MiQua Eine gemeinsame App erzählt die Geschichten zwischen den Museen

Mitarbeitende des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und des MiQua konzipieren zurzeit gemeinsam eine App, welche den Nutzer*innen vielfältige Zugangsmöglichkeiten und Perspektiven auf die Ereignisse im 20. Jahrhundert und einen späteren Umgang mit diesen eröffnet. Entlang einer vorgeschlagenen Route zwischen den beiden Museen sind die Geschichten von Menschen und Orten, insbesondere während der NS-Zeit, abrufbar.

Mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln konnte für dieses Projekt ein idealer Kooperationspartner und für die Vermittlung der NS-Zeit wichtiger Anknüpfungspunkt gewonnen werden: beide Institutionen ergänzen sich in bester Weise und können den Besucher*innen Einblicke in eine Zeit bieten, die von Umbrüchen in der Gesellschaft ebenso wie im Privatleben vieler Personen geprägt ist.

Die Anwendung wird nicht nur entlang eines direkten Weges Inhalte bereitstellen. Auch „Umwege“ und abweichende Standorte werden eingebunden. Dieser Ansatz ermöglicht eine breite Vertiefungsebene zu den Themen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im Stadtbild und Köln im Nationalsozialismus.

Unterschiedliche Orte sind hierfür ins Auge gefasst: Orte der Enteignung, der Machtausübung und der Verfolgung, aber auch Orte der jüdischen Kultur vor 1933 und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach 1945. Neben Texten und Fotografien wird auch die

Technik „augmented reality“ eingesetzt, um den Besucher*innen einen Eindruck des historischen Zustands des jeweiligen Ortes, Gebäudes oder Platzes zu geben. Beide Museen befinden sich zudem an authentischen Orten, in historischen Gebäuden oder an historischen Plätzen. Die App führt diesen stadträumlichen Ansatz weiter, sodass Köln selbst zu einem Teil der beiden Museen und ihrer Vermittlungskonzepte wird.



Eine großzügige Förderung durch die NRW-Stiftung und Unterstützung durch die Fördergesellschaft MiQua-Freunde ist die Grundlage für eine Umsetzung des Projekts. Im Januar 2019 wurde der Scheck der Stiftung über die Förderungssumme von 90.000,- € im Praetorium an die MiQua-Freunde übergeben. Mehr dazu lesen Sie in dem Blog des MiQua.

Weitere Veranstaltungen

„Mein Verwundetes Herz“ - das Leben der Lilli Jahn Lesung, Donnerstag, 2. Mai 2019, 19.30 Uhr, Uni Köln



Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und school is open laden ein: „Die Geschichte von Dr.' Lilli Jahn ist ein bewegendes Beispiel des Lebens in jüdischen Kontexten vor, während und nach der Shoah. Vor 100 Jahren, 1919, erlangte sie an der Kaiserin-Augusta-Schule in Köln ihr Abitur. Als eine der ersten Frauen an der Universität zu Köln promovierte sie 1924 in Medizin. 1944 wird sie in Auschwitz-Birkenau ermordet. Ihre Kinder Gerhard, Ilse, Johanna, Eva und

Dorothea überleben die Shoah. Martin Doerry, Lillis Enkel, liest aus der von ihm verfassten Biografie.“

Kooperationsveranstaltung mit der Kaiserin-Augusta-Schule Köln, dem Projekt LESEPUNKTE des Zentrums für LehrerInnenbildung Köln und dem Kölner Stadt-Anzeiger

Ort: Uni Köln, Hörsaal H122, 2. OG, Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstr. 2, Köln

Eintritt: frei

Anmeldung unter: <https://schoolisopen.uni-koeln.de/30879.html>

Die braune Saat – Neonazismus und Rassismus in der DDR Vortrag, Donnerstag, 2. Mai 2019, 19 Uhr, Uni Bonn

Die AJS Bonn lädt ein: „Bis zum Untergang der DDR wurden neonazistische, rassistische und antisemitische Propaganda- und Gewalttaten offiziell als ein Staatsgeheimnis behandelt und über das Ende der DDR hinaus bis in die Gegenwart verleugnet und verdrängt. Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten haben nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) mehrere hunderttausend rechte Propaganda- und Gewaltstraftaten stattgefunden [...]

In beiden deutschen Staaten gab es Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus, die die historischen Voraussetzungen dafür sind, dass es zu den brandgefährlichen gesellschaftspolitischen Verhältnissen der Gegenwart kommen konnte.“

Ort: Uni Bonn, Hörsaal 17, Institut für Anglistik, Regina-Pacis-Weg 5, Bonn

Eintritt: frei

fremdwOrte

Lesungen, Samstag, 4. Mai 2019, ab 18 Uhr, Köln-Südstadt

Das Literaturhaus Köln lädt ein im Rahmen der Kölner Literaturnacht ein: „Es lesen und erzählen Geschichten von Aufbruch und Ankunft: Jabbar Abdullah (Autor & Kulturvermittler), Christine Battermann (Literaturübersetzerin aus dem Arabischen), Roberto Di Bella (Kulturvermittler und Germanist), Patricia Falkenburg (Lyrikerin & Bildende Künstlerin), Mahmudul Haque Munshi (Autor und Online-Aktivist) und Gundula Schiffer (Lyrikerin & Literaturübersetzerin aus

dem Hebräischen). Ort des Geschehens sind die „Welträume“, ein Kultursalon in der Nähe von Rathenauplatz und Synagogengemeinde.“

Ort: Welträume. Raum für Kunst und Kultu, Lochnerstraße 12-14, 50674 Köln

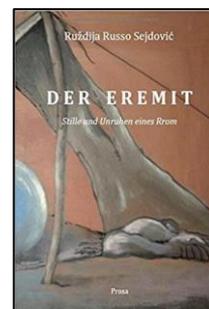
Weitere Informationen zu dieser und anderen Veranstaltungen im Rahmen der Kölner Literaturnacht:
<https://koelner-literaturnacht.de>

Der Eremit

Lesung, Samstag, 4. Mai 2019, 18 und 21 Uhr, Köln-Innenstadt

Der Rom e.V. lädt ein: „Das Buch ‘Der Eremit’ von Ruždija Sejdović ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der Romaliteratur, die jahrhundertlang nur oral tradiert wurde und erst vor wenigen Jahrzehnten zögernd begonnen hat, sich schriftlich auszudrücken. Die meist biographisch angehauchten Kurzgeschichten, in denen der Autor häufig über seine eigene Identität reflektiert, führen den Leser mit subtilem Gespür und psychologischer Tiefe in die Gedanken- und Erlebniswelt der Roma ein und schlagen gleichzeitig, oft gepaart mit feinsinnigem Humor, eine Brücke zur ‚Außenwelt‘, der Welt der Nichtroma.“

Der Autor Ruždija Russo Sejdović, und die Übersetzerin, Melitta Depner, lesen Passagen aus diesem Buch, das bei der Veranstaltung käuflich erworben werden kann. Im Anschluss kann ein Informationsgespräch über die Probleme beim Prozess der Verschriftlichung von Romanen und die Schwierigkeiten beim Übersetzen folgen.“



Ort: Rom e.V. Köln Venloer Wall 17. 50672 Köln

Weitere Informationen:

<https://koelner-literaturnacht.de>

Wo stehe ich - und kann ich anders?

Workshop, Dienstag, 7. Mai 2019, 19 Uhr, Wiehl

Das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis lädt ein: „Der Rechtspopulismus gebärdet sich als ‘Volkes Stimme’. Er vereinfacht komplexe Sachverhalte, ist resistent gegen objektive Tatsachen und besseres Wissen, greift Versatzstücke aus Stimmungen auf, schmiedet sie zusammen und gießt sie in eine politische Rhetorik gegen ‘die Anderen’ und ‘die da oben’. Es gibt aber auch unsere eigene Meinung, die zur Sprache kommen soll. An diesem Abend geht es deshalb um die eigenen Werte und Vergewärtigung des eigenen Standpunktes.“

Der langjährige Mitarbeiter der Gewaltakademie Villigst, D. Frohloff, führt mit seinem Vortrag ‘Wir

sind das Volk’ in das Thema ein. Er leitet methodisch an, den eigenen Standpunkt zu vergewärtigen und gibt mit 10 goldenen Regeln Tipps zur Erwidern auf rechte Parolen.“

In Kooperation mit dem Evangelischen Kirchenkreis an der Agger und ebb nordrhein

Ort: Ev. Gemeindehaus Oberbantenberg, Oberbantenberger Str. 44, 51674 Wiehl

Teilnahmegebühr: keine

Die Anzahl der Teilnehmenden ist auf 16 Personen begrenzt. **Anmeldung unter:** info@netzgegenrechts-oberberg.org

Guck mal, der Jude - Antisemitismus damals und heute"

Podiumsdiskussion, Dienstag, 7. Mai 2019, 19.30 Uhr, Uni Köln

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und die Friedrich-Naumann-Stiftung laden ein: „Der Antisemitismus in Deutschland ist nicht erst seit dem Echo-Skandal ein Thema. Seit Jahren gibt es ein Antisemitismus-Problem im Deutschrap, wie Jonni Ben Salomo, einer der erfolgreichsten und zugleich außergewöhnlichsten Rapper Deutschlands, aus erster Hand zu berichten weiß. Doch auch im Alltag ist Antisemitismus in den letzten Jahren immer salonfähiger geworden. Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sehen sich Juden und Jüdinnen noch immer mit den alten Vorurteilen konfrontiert.“

In einer Podiumsdiskussion unter Moderation des Publizisten Christoph Giesa werden ge-

meinsam mit Jonni Ben Salomo historische Hintergründe, aktuelle Gesichtspunkte und Erfahrungen der Betroffenen erörtert. Rapper Jonni Ben Salomo ist in Israel geboren, seine Musik wird dem Conscious Rap zugeordnet, dessen Inhalt sozialkritisch motiviert ist. Obwohl sein YouTube Kanal RapAmMittwochTV mehr als 380.000 Abonnenten hat, beendete er diese Reihe u.a. aufgrund des Antisemitismus.

Ort: Humanwiss. Fakultät der Uni Köln, Hörsaal 122, Gronewaldstraße 2, 50931 Köln

Eintritt: frei.

Weitere Infos und Anmeldung unter:

<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/XF7G7>

Die Rolle der Kunst in einer stabilen Demokratie

Podiumsdiskussion, Mittwoch, 8. Mai 2019, 18.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Der Kulturrat NRW lädt ein: „Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, in der populistische und demokratiekritische Tendenzen eine wachsende Anhängererschaft erreichen, erscheint es dem Kulturrat NRW geboten, die Rolle der Kunst und Kultur für eine stabile Demokratie zu beleuchten sowie herauszustellen, in welchen konkreten Bereichen, die Kulturverbände in NRW aktiv daran mitwirken können, eine pluralistische Gesellschaft zu unterstützen.“

Was macht eine stabile und starke Demokratie aus? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Kunst? Welche die Kulturelle Bildung? In welchem Maße kann sich eine Demokratie verändern, ohne sich selbst abzuschaffen? Wie könnte ein solcher Prozess künstlerisch und kulturell unterstützt werden?

*Traditionell übernehmen viele Künstler*innen die Rolle, sich für eine diverse und weltoffene Gesellschaft stark zu machen. Doch wo und vor*

*allem wie können Künstler*innen heute konkret Verantwortung übernehmen und sich explizit gegen Verrohung, Hass und Antipluralismus einsetzen? Und wo beginnt eine „Verzweckung“ des künstlerischen Schaffens? Ebenfalls im Fokus stehen die Rahmenbedingungen, die die Politik schaffen muss, um Kunst frei entstehen zu lassen und um Künstler*innen und Verbänden zu ermöglichen, demokratiestärkende Maßnahmen zu verwirklichen.“*

Mit: Thea Dorn (Autorin), Julia Beerhold (Demokratie in Bewegung), Gerald Hensel (Fearless Democracy) und Gerhart Baum (Vorsitzender des Kulturrats NRW, Bundesinnenminister a.D.)
Moderation: Prof. Dr. Frank Überall

Ort: Fritz Thyssen Stiftung, Apostelnkloster 13-15, 50672 Köln

Eintritt: frei

Anmeldung unter: info@kulturrat-nrw.de

Von der revolutionären Hoffnung zur Geburtsstunde des Nazismus: Judentum in der Bayerischen Räterepublik

Vortrag, Mittwoch, 8. Mai 2019, 19.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „Vor hundert Jahren stürzte eine revolutionäre Bewegung die deutschen Monarchien. In Bayern ging diese Bewegung noch weiter: Eigentum wurde umverteilt und eine Rätedemokratie eingeführt. Mit einem System von direkt gewählten Delegierten wollten die Proletarisierten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die Mehrzahl der führenden Köpfe in dieser Revolution waren Jüdinnen und Juden. Diese Tatsache wurde von der gegenrevolutionären Koalition aus Sozialdemokratie und Rechtsextremen mit einem flammenden Antisemitismus aufgegriffen.“

*Der Vortrag von Simon Schupp skizziert zunächst am Beispiel einiger jüdischer Revolutionär*innen den Verlauf der Bayerischen Revolution und geht dann der zentralen Rolle des Antisemitismus bei deren Niederschlagung nach. Dabei liefert die weite Verbreitung des Antisemitismus bis in die Linke hinein eine mögliche*

Erklärung für die schnelle Wandlung Bayerns von einem Ort der Hoffnung auf einen freiheitlichen Sozialismus zum Geburtsort des Nazismus.

Simon Schupp arbeitet als Soziologe an der Universität Basel. Er forscht zu aktuellen und historischen Fragen von Herrschaft und Widerstand. Von ihm erschien unter anderem das Buch „Der kurze Frühling der Räterepublik. Ein Tagebuch der Bayerischen Revolution“ im Unrast Verlag.“

Ort: JUDAICA der Synagogen-Gemeinde Köln, Roonstraße 50, 50674 Köln

Eintritt: 3 Euro



Rassismus und Ausgrenzung in unserem Alltag

Workshop, Donnerstag, 9. Mai 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt



Das Bündnis „Kein Veedel für Rassismus“ lädt ein: „Jede*r kann es in Deutschland zu etwas bringen, wenn er oder sie sich nur genügend anstrengt!“ Stimmt das eigentlich? Wo kommen

Menschen auch in Deutschland schnell an ihre Grenzen und wo kommen diese Grenzen eigentlich her?

In unserem Workshop wollen wir spielerisch und gemeinsam Antworten darauf finden und abschließend unsere eigene Schlagfertigkeit testen. Wie stellen wir uns Rassismus und Ausgrenzung entgegen? Alle Aktiven können teilnehmen, gerne aber auch Interessierte. Bitte schreibt eine Mail an: kontakt@keinveedelfür Rassismus.de“

Ort: Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln

Welches Europa wollen wir?

Diskussion, Freitag, 10. Mai 2019, 18 Uhr, Köln-Innenstadt

Verein EL DE Haus e.V., ver.di Köln und VVN Köln laden ein: „Wollen wir ein gemeinsames Haus des Friedens für alle, die in ihm leben, in guter Nachbarschaft mit den Menschen in Ost und West, Nord und Süd? Ein Europa, das Schutzsuchende aufnimmt, Einwandernde willkommen heißt, Armut weltweit bekämpft? Oder ein Europa, das aufrüstet, sich abschottet, mit Diktatoren verbündet, ein Europa der Rassisten und Nationalisten, das Menschen an seinen Grenzen sterben lässt? Wollen wir ein Europa der Demokratie und des Sozialstaates, in dem das Kapital der Arbeit und nicht die Arbeit dem Kapital dient, in dem die Menschen mitbestimmen und mitgestalten können? Oder ein Europa des ungebremsen Profits, der gesellschaftlichen Spaltung und der sozialen Ungerechtigkeit?“

*Denn zu Europa gibt es keine Alternative. Die EU ist trotz aller Fehler das Beste, was den Europäer*innen in ihrer langen Geschichte passiert ist. Wir haben innerhalb der EU keine Schlagbäume mehr, die Grenzen sind offen und wir wollen, dass das so bleibt. Wir können ohne Pass und Visa in alle EU-Staaten reisen, dort arbeiten, studieren, Urlaub machen. Wir zahlen im Euro-Raum mit einer Währung. Wir teilen im Wesentlichen die gleichen europäischen Werte: Demokratie, Menschenrechte, soziale Absicherungssysteme. Wir leben seit über 70 Jahren in Frieden, das war in der langen europäischen Geschichte keine Selbstverständlichkeit.*

Europa war die Antwort auf die Katastrophe des von Nazi Deutschland ausgelösten Krieges, des Holocaust und der Versklavung und Ermordung von Millionen. Die scheinbare Selbstverständlichkeit eines demokratischen, freien Europas wird seit einiger Zeit nicht nur in Deutschland durch die AfD, sondern in fast allen europäischen Staaten durch rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Frage gestellt. Wir müssen um und für Europa kämpfen, gegen jede Form von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit; für ein Europa des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Weltoffenheit und der Demokratie – das wollen wir verbessern und uns dafür weiter engagieren.

Diskutieren Sie mit

Dr. Patrick Seidel, Referatsleiter Europapolitik des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher VVN/BdA und Generalsekretär der FIR - Internationale Föderation der Widerstandskämpfer

Çiler Firtina M.A., Vorstand des Vereins EL DE Haus - Förderverein des NS Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Moderation: *Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dauen, Vorsitzender Vereins EL-DE-Haus“*

Ort: DGB Haus, Großer Saal, Hans-Böckler-Platz 3, 50672 Köln

Eintritt: frei

Rassismus und Diskriminierung erkennen und dagegen angehen

Workshop, Freitag, 10. Mai 2019, 17 Uhr, Köln-Südstadt

Das Forum für Willkommenskultur, die Melanchthon-Akademie und das Projekt Kompass F laden ein zu einem Antirassismus-Workshop für Engagierte in der Flüchtlingsarbeit: *„Durch ihr Engagement sind viele Freiwillige in der Flüchtlingsarbeit Zeuge, wenn Geflüchtete Rassismus und Diskriminierung erleben. Um darauf angemessen zu reagieren, braucht es ein spezifisches Wissen über Formen und Auswirkungen*

von Rassismus und Diskriminierung. Dies vermittelt die Veranstaltung“

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln

Teilnahmegebühr: keine

Anmeldung per Mail erforderlich unter: mentoren@koeln-freiwillig.de

Wiehl bleibt bunt!

Festival, Samstag, 11. Mai 2019, ab 17 Uhr, Wiehl

Die Initiative „Wiehl bleibt bunt“ lädt ein zu einem Festival für Offenheit, Toleranz und Vielfalt: *„Einlass wird um 16 Uhr sein, das Programm mit Musik und Kunst aus verschiedenen Kulturen wird um 17 Uhr beginnen und um 20 Uhr enden. Bürgermeister Ulrich Stücker übernimmt die Schirmherrschaft.*

Musikalische Beiträge: Aeham Ahmad, Piano (Syrien); Trio Velikov, Violine, Akkordeon, Schlagwerk (Bulgarien); Buntes Herz (Köln). Teilnehmende bildende Künstler: Tahani Munawar (Syrien); Hashem Alshater (Syrien); Anette Liedke (Gummersbach)“

Ort: Wiehltalhalle, Hauptstraße 81, 51674 Wiehl

Vom Gastarbeiter zum Gangsta-Rapper. HipHop, Migration und Empowerment

Vortrag, Montag, 13. Mai 2019, 17.45 Uhr, Uni Köln

Der Lehrbereich: Politikwissenschaft und politische Bildung an der Humanwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln lädt im Rahmen der Diversity-Woche der Universität Köln zu einer multimediale Lesung ein: *„Mit ihrem Buch ‘Fear of a Kanak Planet’ haben Murat Güngör und Hannes Loh schon 2002 eine Debatte über HipHop, Migration, Rassismus und Verantwortung angestoßen. Inzwischen beschäftigen sich die beiden ehemaligen Rapper mit dem aktuellen Phänomen des Gangsta- bzw. Straßenrap und bringen dieses Genre in Verbindung mit der ersten Generation von Einwanderern in die BRD, den so genannten Gastarbeitern.*

Auf ihrer multimedialen Lesung bringen Güngör und Loh die kulturellen Empowerment-Strategien der ersten Einwanderergeneration in einen Zusammenhang mit der Entwicklung von HipHop in Deutschland. dies soll helfen, das relativ junge Phänomen ‚deutscher Gangsta-Rap‘ einzuordnen und den Einfluss von Migrationserfahrung, Marginalisierung und die daraus erwachsenden Konzepte der Selbstermächtigung besser zu verstehen. Auch die Werte und die Besonderheiten der ersten HipHop-Generation werden in diesem Zusammenhang diskutiert. Manifestierte sich die Selbstermächtigung der 1. Generation von Einwanderern vor

allem auf einer ökonomisch-sozialen Ebene, so reflektierte die 2. Generation ihre Situation schärfer und stellte auf einer politisch-gesellschaftlichen Ebene die Frage nach Staatsbürgerschaft, Identität und Teilhabe.

Gangsta-Rap, wie er sich in Deutschland in den letzten 15 Jahren entwickelt hat, steht für eine hybride, indirekte Form der Selbstermächtigung: Hier tauchen als Versatzstücke auch die Themen auf, die die 1. und 2. Generation beschäftigt haben, sie verkörpern sich aber eher in Haltung, Style, Sprache und Auftreten. Dabei ist Gangsta-Rap mehr als andere kulturelle Phänomene ein Kind der Diaspora – und zwar im wörtlichen Sinne. Die Erfahrung von Migration und Marginalisierung in der postfordistischen Gesellschaft ist konstituierend für Gangsta-Rap. Auf ihrer Lesung präsentieren die beiden Autoren Texte, Bilder, Songs, Videos und Filme.

Ort: Hauptgebäude der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Hörsaal 123 (Achtung: nicht barrierefrei. Bei Interesse bitte Mail an: bettina.loesch@uni-koeln.de)

Eintritt: frei



Rechtspopulismus und Geschlechterfrage in Europa

Vortrag, Dienstag, 14. Mai 2019, 18 Uhr, Köln-Innenstadt

Der DGB Köln lädt ein: „Lange Zeit fühlten sich Wählerinnen von rechtspopulistischen und rechtsextremen Wahlangeboten nicht angesprochen. Doch das hat sich geändert. Rechte Parteien haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern an Bedeutung gewonnen. In ihren Programmatiken vertreten sie in Bezug auf Frauenrechte und Geschlechterfragen deutlich antiemanzipatorische Positionen.

Wie sehen diese Positionen im Detail aus und welche Rolle spielen Frauen selbst in rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in

Europa? Darüber hinaus ist zu fragen, welche Gegenstrategien werden bereits erfolgreich in den europäischen Ländern ergriffen und wo braucht es neue Allianzen?“

Referentin: Sarah Lillemeier, DGB Bildungswerk BUND e.V./Forum Politische Bildung

Ort: DGB Haus, Großer Saal, Hans-Böckler-Platz 3, 50672 Köln

Eintritt: frei

Anmeldung unter: Koeln@DGB.de

Aktuelle Befunde zu Antisemitismus in Schulen

Vortrag, Dienstag, 14. Mai 2019, 18 Uhr, Uni Köln



school ist open lädt ein: „Prof.‘ Dr.‘ Julia Bernstein, ehemalige Mitarbeiterin der Uni Köln, stellt ihre aktuellen Forschungen zu Antisemitismus in Schulen vor. Im Anschluss diskutiert sie mit Myrle Dziak-Mahler (Geschäftsführerin des ZfL

Köln), Sophie Brüss (SABRA) und Nina Laube (Extremismusprävention, Landesstelle Schul-

psychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement) darüber, wie strukturell ein antisemitismusfrei(er)er Schulraum gestaltet werden kann.“

Ort: Hörsaal H124, 1. OG, Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstr. 2, Köln

Eintritt: frei

Anmeldung unter: <https://schoolisopen.uni-koeln.de/30881.html>

Menschenrecht und Menschenchutz. Eine historische Rückschau auf 1919/1948

Vortrag, Donnerstag, 16. Mai 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

Die Fritz Thyssen Stiftung lädt ein: „Der Zerfall multiethnischer Imperien zum Ende des Ersten Weltkriegs und die Entstehung neuer Nationalstaaten haben den Diskurs über Menschenrechte und die Herausbildung menschenrechtlicher Normen im 20. Jahrhundert entscheidend geprägt. In der Befassung mit der Frage, wie in national verfassten Gemeinwesen die Rechte aller – von Mehrheit und von Minderheit – zu gewährleisten seien, bildeten sich zwei Ansätze heraus: ein individueller und ein kollektiver. Diese Unterscheidung fand ihren Nachhall in der Deklaration der Menschenrechte einerseits und der Genozid-Konvention andererseits – zwei Dokumente, die für den Menschenrechtsschutz bis heute maßgeblich sind.

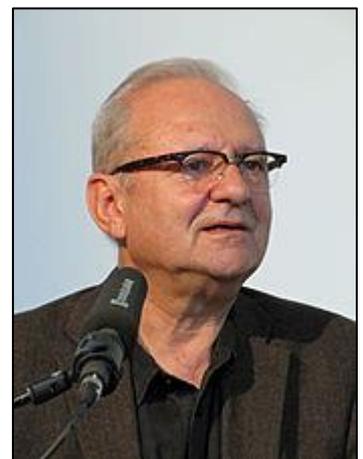
Prof. Dr. Dan Diner lehrt Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er

hat zahlreiche Werke zur europäischen, mittelöstlichen und jüdischen Geschichte im 20. Jahrhundert vorgelegt und ist Herausgeber der siebenbändigen ‚Enzyklopädie Jüdischer Geschichte und Kultur‘ (2011-2017).“

Ort: Fritz Thyssen Stiftung, Apostelnkloster 13-15, 50672 Köln

Eintritt: frei

Anmeldung unter: <https://fts.veranstaltungsanmeldung.de/event.php?vnr=1b-10a>



Antisemitismus als Problem der politischen Bildung. Anregungen für die pädagogische Arbeit - Workshop mit Olaf Kistenmacher

Workshop, Freitag, 17. Mai 2019, 12 Uhr, Uni Köln

Die Studierendenvertretung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät (StAVV) lädt ein: „Antisemitismus stellt für die Bildungsarbeit ein großes Problem dar. Denn Judenfeindschaft ist komplexes Phänomen und in all seinen Erscheinungsformen nicht immer sofort erkennbar. Der Workshop will dazu ermutigen, sich pädagogisch gegen Antisemitismus einzusetzen, und zeigen, wie man Antisemitismus bei den Neuen Rechten thematisieren kann, wie man leicht verständlich und auf vernünftige Weise das Grundproblem vieler Verschwörungstheorien verdeutlichen kann und wie sich auch alltägliche Formen der Judenfeindschaft erkennen lassen. Dazu stellt Olaf Kistenmacher bewährte Metho-

den aus der Pädagogik gegen Antisemitismus vor.

Olaf Kistenmacher, Historiker und Journalist, ist seit über 15 Jahren in der Pädagogik gegen Antisemitismus tätig. 2018 erschien in zweiter Auflage seine Broschüre 'Was tun gegen Antisemitismus?! Anregungen zu einer Pädagogik gegen Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert'

Die Teilnahmeplätze sind begrenzt. Wir bitten um eine Anmeldung per E-Mail an stavnkontakt@uni-koeln.de mit dem Betreff 'Antisemitismus-Workshop'. Mit Bestätigung der Anmeldung erhaltet ihr Ort und Ablaufplan des Workshops.“

Fremd sein – was ist das?

Multimediale Performance, Samstag, 18. Mai 2019, 19.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte lädt ein: „Am 8. Mai 2019 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 74. Mal. Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen machen eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit aktueller denn je. Die multimediale Theaterperformance 'Fremd sein – was ist das?' befasst sich mit Identität, Ausgrenzung und den Gefahren eines erstarkenden Nationalismus. Schülerinnen und Schüler des Kölner Lessing-Gymnasiums haben das Stück in engem Austausch mit Shoah-Überlebenden entwickelt. Dabei wurden sie von der Regisseurin Svetlana Fourer und dem Videographer Timo Vogt begleitet. Die Biografien der Überlebenden fließen direkt in die Performance ein.

Das Projekt startete im September 2018 und ist auf zwölf Monate angelegt. Es wird vom Bundesverband Information & Beratung für NS-

Verfolgte e.V. in Kooperation mit dem Lessing-Gymnasium Köln durchgeführt. Ihre Eindrücke und Erfahrungen halten die Teilnehmenden in einem Video-Blog fest.



Die Shoah-Überlebenden Tamar Dreifuss und Peter Finkelgruen teilen in 'Fremd sein – was ist das?' ihre Verfolgungsgeschichten: Tamar Dreifuss wurde 1938 in Wilna geboren. Im September 1943 sah sie ihren Vater im Ghetto von Wilna zum letzten Mal. Gemeinsam mit ihrer Mutter wurde sie in einem Viehwaggon in das Durchgangslager Turoggen deportiert. Wie durch ein Wunder konnten sie von dort fliehen. In ständiger Angst, entdeckt zu werden, überlebten sie bis zum Ende des Krieges unter falscher Identität.

Peter Finkelgruen wurde 1942 in Shanghai in eine jüdische Flüchtlingsfamilie geboren. Kurze Zeit später wurde der Stadtteil Hongkew zum Ghetto erklärt. Peters Vater überlebte die Zustände dort nicht. Nach der Rückkehr erfuhr die Familie, dass auch der Großvater ermordet worden war. Jahrelang versuchte Peter Finkelgruen, dessen Mörder zur Anklage zu bringen.

‘Jeder sollte sich der Geschichte bewusst sein. Nur dann kann man die Gegenwart verstehen’, fasst Peter Finkelgruen seine Motivation zur Zeitzeugenarbeit zusammen. Tamar Dreifuss pflichtet ihm bei: ‘Nur wer sich mit der Vergangenheit auseinandersetzt, kann die Zukunft gestalten’.

Ort: VHS-Forum im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Eintritt: frei

70 Jahre nach der Verkündung. Das Grundgesetz in der Bewährung **Tagung, Sonntag, 19. Mai 2019, 10 Uhr, Köln-Südstadt**



Das Friedensbildungswerk Köln, der Kölner Runder Tisch für Integration, die Melanchthon-Akademie und der Verein EL-DE-Haus laden ein: „*Unser Grundgesetz hat der zweiten Demokratie in Deutschland 70 Jahre lang ein festes Fundament gegeben. Mehr noch: Gerade in den aktuellen Auseinandersetzungen im Umgang mit Flucht und Migration, mit zunehmender Vielfalt von Kulturen, Religionen und*

Lebensformen wächst der Bezug auf die Werte des Grundgesetzes. Neue Ansprüche auf Partizipation (Kinderrechte, Wahlrecht für alle) auf der einen, nicht eingelöste Gebote (Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Gleichstellung der Geschlechter) auf der anderen Seite sowie das Anwachsen antidemokratischer und grundgesetzfeindlicher Kräfte stellen unser Grundgesetz vor eine ernste Bewährungsprobe.

Daher möchten wir die Grundregeln unseres demokratischen Miteinanders wieder stärker ins Bewusstsein rufen und auf den Prüfstand stellen. Nach einem Impulsvortrag werden Workshops zu den Themen Alltagsrassismus, Migration, Kinderrechte, Sozialstaatsprinzip und Religionsfreiheit stattfinden.

Tagungsablauf

*10:00 Uhr: Begrüßung: Roland Schüler, Joachim Ziefle
Musikalischer Impuls: Filine Precht, Flöte; Stefan Thomas, Klavier*

*10:30 Uhr: Das Grundgesetz in der Bewährung. Impulsvortrag Abraham Lehrer, Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland
Moderation: Dr. Wolfgang Uellenberg van Dauen*

12:00 Uhr: Mittagspause

12:45 Uhr: Workshopphase 1

14:15 Uhr: Workshopphase 2

15:30 Uhr: Plenum, Ausblick

Workshops

*W1: Die Würde des Menschen wird angetastet: Erscheinungsformen des Alltagsrassismus
Dr. Dani Kranz Anthropologin*

*W2: Kinderrechte ins Grundgesetz
Anne Lüttkes, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderhilfswerks e. V.*

*W3: Sozialstaat als Grundlage der Demokratie
Dr. Witich Roßmann, DGB-Vorsitzender Köln*

*W4: Religionsfreiheit
Rabeya Müller, Bildungsreferentin beim Zentrum für Islamische Frauenforschung, Imamin*

*W5: Migration
Dr. Ali Kemal Gün, Integrationsbeauftragter der LVR Klinik Köln, Vorstand DOMID e.V.*

Die Workshops werden in zwei Durchgängen angeboten, so dass alle Teilnehmende zwei thematisch unterschiedliche Workshops besuchen können.“

Tagungsort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24 b, 50678 Köln

Tagungsgebühr: 10 Euro

Anmeldung erforderlich unter:
anmeldung@melanchthon-akademie.de

Rassismuskritische Perspektiven für Sozialarbeit im Kontext Migration & Flucht **Workshop, Montag, 20. Mai 2019, 18 Uhr, Köln-Südstadt**

Die Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln lädt ein: „*In einem gesellschaftlich stark polarisierten Klima stehen Haupt- oder Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit vor vielen Herausforderungen. Das projekt.kollektiv des IDA-NRW möchte rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht (weiter-)entwickeln und Impulse setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in der Jugendarbeit zu verankern. Im Vortrag werden Referent*innen theoretische*

Aspekte sowie die praktische Arbeit des Projekts vorstellen und über Möglichkeiten und Grenzen einer rassismuskritisch orientierten (Jugend-)Sozialarbeit sprechen.

*Referent*innen: Cecil Arndt und Kolja Koch.“*

Ort: TH Köln, Bildungswerkstatt, Claudiusstr. 1, 50678 Köln

Eintritt: frei

Migration und Flucht. Zwischen Heimatlosigkeit und Gastfreundschaft

Vortrag, Dienstag, 21. Mai 2019, 19.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Das Katholische Bildungswerk Köln lädt ein: „Seit dem Jahr 2015 hat in Deutschland und Europa das Wort 'Flüchtlingskrise' weite Teile der Gesellschaft erfasst. Eine bedrohliche 'Welle' (an Menschen) sah so mancher Zeitgenosse auf Deutschland und Europa 'zurollen'. Wie lassen sich die aktuellen Geschehnisse in Deutschland und Europa im weltweiten Kontext betrachten und einschätzen unter sozioethischen und christlichen Gesichtspunkten.“

Vortrag von Prof. Dr. mult. Klaus Vellguth, Professor für Missionswissenschaft an der Phil.-Theol. Hochschule Vallendar; Leiter der Abt. 'Theologische Grundlagen' von missio in Aachen.“

Ort: Domforum, Domkloster 3, 50667 Köln

Eintritt: 3 Euro



Platz da! Hier kommen die aufgeklärten Muslime

Vortrag, Dienstag 21. Mai 2019, 19 Uhr, Köln-Südstadt



Melanchthon-Akademie und Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit laden ein: „Als säkulare Muslimin will Lale Akgün auch andere darin bestärken, sich vom konservativen Gebots-Islam der Funktionäre zu emanzipieren. Sie beschreibt die Gesichter des politischen Islams und Mechanismen, die dazu führen, dass orthodoxe

Strömungen ihren Einfluss ausweiten. Sie reflektiert gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die einen liberalen Islam begünstigen würden und fordert einen säkularen Staat, in dem alle Religionen ihren Platz haben und gleichberech-

tigt behandelt werden, aber nicht das öffentliche Leben bestimmen können.“

Lale Akgün arbeitete lange in der Erziehungs- und Familienberatungsstelle Köln, baute anschließend das Landeszentrum für Zuwanderung NRW auf und saß ab 2002 zwei Legislaturperioden im Bundestag (SPD). Anschließend arbeitete sie in der Staatskanzlei des Landes NRW, seit November 2017 ist sie Senior Researcher an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. 2008 erschien ihr Bestseller 'Tante Semra im Leberkäseland', der auch verfilmt wurde.“

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24 B, 50678 Köln

Eintritt: 3 Euro

Solar: A Meltdown

Lecture Performance, Sonntag, 26. Mai 2019, 18 Uhr, Köln-Mülheim

Das Schauspiel Köln lädt ein: „Ein Besuch im Amsterdamer Tropenmuseum: Ho Rui An schlendert durch die Ausstellungsräume und trifft auf die Wachfigur des Anthropologen Charles Le Roux. Verdächtig: Der Rücken der Figur ist schweißgebadet. Das ist der Schlüsselmoment für Ho Rui Ans ironische und kluge Lecture Performance, die das Motiv des von der Sonne geplagten Kolonialisten in der Kunst- und Filmgeschichte des Westens bis in die heutige Gegenwart verfolgt.“

Anschließend an die Performance treffen sich um 19.30 Ho Rui An, Nuran David Calis und Stephanie Thiersch zu einer Podiumsdiskussion

unter dem Titel ‚Translocal?! Zu Politik und Theater‘ über die Verknüpfungen von Politik und Theater. Es moderiert Aurora Rodonò, Kulturarbeiterin und Dozentin.“

Ort: Depot 2, Schanzenstraße 6-20, 51063 Köln

Weitere Infos und Tickets:
<https://www.schauspiel.koeln>



Zeichen setzen. Eine kulturelle Debatte zum jüdischen Leben in Köln **Podiumsdiskussion, Dienstag, 28. Mai 2019, 19.30 Uhr, Köln-Innenstadt**

Kölner Offenbach-Gesellschaft, MiQua LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln, WDR3 und Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit laden ein: „2019 feiert die Offenbach Gesellschaft e.V. gemeinsam mit der Stadt Köln den 200. Geburtstag des Kölner Komponisten Jacques Offenbach. Neben zahlreichen Veranstaltungen in den Sparten Musik, Theater, Tanz, Kunst und Literatur findet in der Reihe 'Offenbach-Gespräche' diese Diskussionsveranstaltung zum Thema: 'Zeichen setzen. Eine kulturelle Debatte zum jüdischen Leben in Köln' statt.

Das Judentum und die Stadt Köln sind seit Jahrhunderten miteinander verbunden. Um zu erfahren, welche Besonderheiten sich dahinter verbergen, richtet sich diese Diskussion nach dem langen Miteinander von Juden und Christen in Köln (gestern, heute, morgen) — auch auf das archäologische Gedächtnis der Stadt Köln. Das Gespräch bietet einen Ausblick auf das MiQua 2021, den Verein 321: 1700 Jahre jüdi-

ches Leben in Deutschland sowie die Machsor-Ausstellung des MiQua im Wallraf-Richartz-Museum und natürlich die Familie Offenbach.

Es diskutieren unter anderen

Abraham Lehrer für die jüdische Gemeinde Köln und Verein 321, Prof. Dr. Jürgen Wilhelm für die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Dr. Thomas Otten für MiQua. Moderator: Dr. Michael Köhler, WDR.“

Ort: Wallraf-Richartz-Museum, Obenmarspforten 40, 50667 Köln

Eintritt: frei

Weitere Informationen unter:

<https://www.yeswecancon.koeln/veranstaltungen>



Jakob Augstein trifft Aleida Assmann

Diskussion, Dienstag, 28. Mai 2019, 20 Uhr, Köln-Mülheim

Das Schauspiel Köln lädt ein: „Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann veröffentlicht seit dreißig Jahren wegweisende Bücher zu Formen des kollektiven Erinnerns in Gesellschaften, zu Verdrängen und Vergessen, zu historischen Traumata und ihrer Verarbeitung. Gemeinsam mit ihrem Mann Jan Assmann prägte sie den Begriff des ‚Kulturellen Gedächtnisses‘. 2018

erhielt das Ehepaar den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Im Rahmen von TRANSLOCAL spricht Jakob Augstein mit Aleida Assmann.“

Ort: Depot 2, Schanzenstraße 6-20, 51063 Köln

Weitere Infos und Tickets:

<https://www.schauspiel.koeln>

Antifeminismus von Rechts

Vortrag, Mittwoch, 29. Mai 2019, 19 Uhr, Uni Köln

Der Antifa AK an der Uni Köln lädt ein: „Rechte Kampagnen der Gegenwart verhandeln neben einer rassistischen Ausgrenzungspolitik schon immer auch Vorstellungen rund um Geschlecht und Geschlechterverhältnisse. Mit der Kampagne #120db instrumentalisiert die ‚Identitäre Bewegung‘ sexualisierte Gewalt um rassistische

Narrative aufrechtzuerhalten und zu verbreiten. Im Vortrag von Johanna Schmidt wird aufgezeigt, wie eng das rassistische Narrativ mit der Konstruktion von Weiblichkeit verknüpft ist.“

Ort: Uni Köln, Hörsaalgebäude, Hörsaal A2

Eintritt: frei

Verlorene Mitte - Feindselige Zustände

Neue Studie zu antidemokratischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung teilt mit: „Deutschland ist in Unruhe. Hass, Abschottung und Gewalt stehen Solidarität und zivilgesellschaftlichem Engagement gegenüber. Rechtsextreme Gruppen treten öffentlichkeitswirksam an der Seite »normaler« Bürgerinnen und Bürger auf, rechtspopulistische Forderungen und Diskurse erhalten scheinbar immer mehr Raum in Politik und Debatte.

Wie weit sind rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen tatsächlich in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen? Haben Polarisierungen und Konflikte die Norm von der Gleichwertigkeit aller Gruppen verschoben? Gegen wen richtet sich die Ablehnung? Ist die demokratische Mitte geschrumpft oder verloren?

Antworten gibt die aktuelle Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die in Zusammenarbeit mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld entstanden ist und seit 2002 antidemokratische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung untersucht. Schwerpunkte der Studie sind

Rechtspopulismus, neue rechts-extreme Einstellungen und deren Überlappung sowie Verschwörungsmysmen in der Mitte. Darüber hinaus wird im Jahr 30 nach der Wende auch ein Blick auf die Unterschiede in Ost und West gelegt. Angesichts der aufgeheizten Debatte bietet die Mitte-Studie einen empirisch genauen Blick auf die Meinungen der Mitte. Wo ist sie gespalten, wo ist ihre demokratische Qualität verloren gegangen, wie groß ist das Ausmaß von Demokratiemisstrauen und illiberalen Demokratievorstellungen? Neben der langfristigen Entwicklung rechtsextremer Einstellungen wird auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Langzeitvergleich abgebildet.



Weitere Informationen und die Studie zum Download:

<https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie/>

Ostmigrantische Analogien

Parallelen in den Abwertungen von benachteiligten Gruppen

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) teilt mit: „Die Studie des DeZIM-Instituts ‘Ostmigrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung’ untersucht Parallelen in den Abwertungen von benachteiligten Gruppen – in diesem Fall von Ostdeutschen und Muslim*innen.

In einer repräsentativen bundesweiten Bevölkerungsbefragung, die am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde, haben Wissenschaftler*innen des DeZIM-Instituts Abwertungs- und Anerkennungsprozesse von unterrepräsentierten Gruppen untersucht. Sie konzentrierten sich dabei auf zwei Gruppen, die besonders stark von struktureller Ausgrenzung, aber auch von sozialer Abwertung betroffen sind: Ostdeutsche und Muslim*innen.

‘Bis jetzt wissen wir zwar viel über die Erfahrungen der einzelnen Gruppen für sich genommen, aber es gibt wenig systematische Untersuchungen darüber, wo es Parallelen gibt und wo sich die Abwertungserfahrungen unterscheiden. Wir wollen einen Beitrag leisten, diese Lücke mit

Daten zu schließen’, erklärte Prof. Dr. Frank Kalter, Leiter des DeZIM-Instituts.

Die Wissenschaftler*innen kommen in der Studie zu dem Ergebnis, dass es tatsächlich einige wichtige Parallelen gibt, vor allem, wenn es um Stereotype geht.

‘Ostdeutschen wird ähnlich oft wie Muslimen vorgeworfen, dass sie sich ständig als Opfer sehen’, sagt Prof. Dr. Naika Foroutan, Leiterin des DeZIM-Instituts. 36,5% der Westdeutschen sagen das über Ostdeutsche und 41,2% über Muslime. ‘Die Thematisierung der strukturellen Ungleichheiten kommt in der Mehrheitsgesellschaft also nicht gut an, sie will sie nicht wahrhaben.’

Weitere Informationen und die Studie zum Download:

<https://www.dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-konsens-konflikt/ostmigrantische-analogien-i-konkurrenz-um-erkennung/>

Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht voranbringen

Neuer Online-Reader von IDA-NRW

IDA-NRW teilt mit: „In einem gesellschaftlich stark polarisierten Klima stehen Multiplikator*innen, die in der Jugendarbeit sowie in Initiativen und Projekten oder in Selbstorganisationen arbeiten, aus rassismuskritischer Perspektive vor vielfältigen Herausforderungen. Nicht nur infolge verstärkter rechter und rassistischer Stimmungsmache sowie andauernder politischer und medialer Diskussionen über geflüchtete Menschen und über weitere Verschärfungen von asyl- und aufenthaltsrechtlichen Restriktionen werden junge geflüchtete Menschen und junge People of Color in der deutschen Migrationsgesellschaft alltäglich mit Abwertungen, Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert.

Das projekt.kollektiv des IDA-NRW hat das Ziel, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht weiterzuentwickeln und Impulse zu setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern. Das Projekt verfolgt den Ansatz, nicht

über junge geflüchtete Menschen, sondern mit ihnen zu sprechen und es versucht Räume zu schaffen, in denen ihre Stimmen, Bedarfe und Bedürfnisse hörbarer und sichtbarer werden.

Der vorliegende Jahresrückblick bietet Einblicke in die Angebote und Aktivitäten des projekt.kollektiv und zeigt wesentliche Perspektiven und Erkenntnisse in der Projektarbeit auf. Für interessierte Multiplikator*innen und Einrichtungen der Jugendarbeit bzw. der Bildungsarbeit bietet die Online-Publikation Impulse, um auch in den eigenen Strukturen und in der Praxis eine rassismuskritische Auseinandersetzung voranzubringen.

Reader zum kostenlosen Download unter:
<https://www.ida-nrw.de/>



Unterstützung von Betroffenen rassistischer Gewalt — Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis

Dokumentation zum Fachtag erschienen

Die Opferberatung Rheinland teilt mit: „Am 28. November 2018 veranstaltete das Projekt re.act der Opferberatung (OBR) Rheinland den Fachtag „Auf verlorenem Posten? Unterstützung von Betroffenen rassistischer Gewalt — Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis“. Die Veranstaltung richtete sich an Angehörige verschiedener Professionen und ehrenamtlich tätige Menschen, die mit Betroffenen rassistischer Gewalt arbeiten.

Mehr als 60 Teilnehmende aus verschiedenen Berufsgruppen und gesellschaftlichen Bereichen besuchten den Fachtag in der Alten Feuerwache Köln. Sie beleuchteten gemeinsam die Themen Rechte, Schutz, Beratung und Therapie für Betroffene aus sozialarbeiterischer, juristischer, beraterischer und psychosozialer Sicht vor dem Hintergrund rassismuskritischer Gesichtspunkte und menschenrechtlicher Standards. Dabei war es das zentrale Anliegen der Veranstalter*innen, dass die Betroffenen-

Perspektive Ausgangspunkt bildet für die gemeinsamen Überlegungen.

Ein Team von Kolleg*innen der OBR und der Beratungsstelle Back Up protokollierte Vorträge, Diskussionen, Workshops und Präsentationen. Die nun von Kawthar El-Qasem herausgegebene 42-seitige Dokumentation führt diese Protokolle zusammen, gibt einen Überblick über erarbeitete Inhalte und bietet Anknüpfungspunkte für weiterführende Diskussionen. Sie kann als Arbeitsgrundlage für das Weiterdenken dieser Inhalte und die Entwicklung konkreter Ideen im Sinne der besseren Unterstützungsarbeit mit Betroffenen rassistischer Gewalt dienen. In diesem Sinne freuen wir uns über Rückmeldungen und Anregungen.“

Die Dokumentation zum Download unter:
https://www.opferberatung-rheinland.de/fileadmin/user_upload/pdf/react_Doku_Fachtag_Auf_verlorenem_Posten.pdf

Rechtsextremismus in der Ukraine Gruppierungen und ihre Aktivitäten im Überblick

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung teilt mit: „Am kommenden Ostersonntag findet in der Ukraine die Stichwahl um das Präsidentenamt, zwischen Wolodymyr Selenskyj und dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko, statt. Bereits seit langem ist in der Ukraine zu erkennen, dass politische Auseinandersetzungen immer häufiger mit Gewalt ausgetragen werden. Die Angriffe auf Wahlkampfauftritte am 9. März, in Kiew und Tscherkassy, haben gezeigt, dass rechtsextreme Gruppen versucht haben in den Präsidentschaftswahlkampf einzugreifen.

In der Ukraine werden rechte Straftaten nicht gesondert erfasst und ausgewiesen. Der wesentliche Unterschied zu anderen europäischen Staaten bildet jedoch die Qualität der Taten, sowie mitunter die Verstrickung der TäterInnen in staatliche Institutionen und ihre Deckung durch eben diese. Hinzu kommt ein deutlich gesteigertes Maß an Kampferfahrung und Bewaffnung der TäterInnen durch den Krieg im Osten des Landes.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in Zusammenarbeit mit der NGO Institute Respublica aus Kiew damit begonnen, rechtsextreme Aktivitäten in der Ukraine zu sammeln und die Verantwortlichen dahinter zu benennen. Die vorliegende Publikation enthält ein Monitoring rechtsextremer Überfälle im Zeitraum vom 15. Oktober 2018 bis zum 15. Februar 2019. Des Weiteren

befindet sich darin eine kompakte Akteursübersicht und Hintergrundinformationen zu den wesentlichen rechtsextremistischen Organisationen und Parteien des Landes.

Im Rahmen des Monitorings werden Aktivitäten und Gewalttaten ausgewertet, an denen sich rechtsextreme Parteien, Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen beteiligt haben. Die Ergebnisse beruhen auf einem systematischen Monitoring nationaler, überregionaler und den Akteuren zugehörigen Internetseiten sowie sozialen Medien. Es handelt sich nur um einen Auszug der Vorkommnisse innerhalb des benannten Zeitraums, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Des Weiteren fand im Dezember 2018 im Zentrum von Kiew, ohne erkennbaren medialen, politischen oder gesellschaftlichen Widerspruch, ein Rechtsrockfestival mit etwa 1.500 Teilnehmenden aus ganz Europa statt. Da unter den Bands auch vier aus Deutschland angereist waren, finden Sie einen ausführlichen Bericht zum ‚Asgardsrei‘-Festival, sowie zu den Verflechtungen von deutschen und ukrainischen Rechtsextremen und weiterführende Informationen zu den Bands aus Deutschland.

Die Publikation zum Download unter:
https://www.rosalux.de/publikation/id/40154/rechtsextremismus-in-der-ukraine/#pk_campaign=adb

Rechtsruck – Eine Filmreihe über die Auswirkungen von Rechtspopulismus Neu auf DVD und als Streaming

Das Medienprojekt Wuppertal teilt mit: „Nach der erfolgreichen Premiere im Wuppertaler Kino ist die Filmreihe ‚Rechtsruck‘ über die Auswirkungen von Rechtspopulismus ab sofort als DVD und als Streaming bzw. Download erhältlich.

In der Filmreihe beschäftigen sich junge Menschen mit Rechtspopulismus und dessen Auswirkungen auf eine Gesellschaft, in der rechtes Gedankengut zunehmend politisch und sozial etabliert wird. In den Kurzfilmen untersuchen die jungen Filmemacher*innen den aktuellen Rechtspopulismus, sein Auftreten, seine Argumentationsmuster und seine Verbindungen in die rechtsextremistische Szene und verdeutli-

chen aktuelle politische und soziale Tendenzen. Außerdem zeigen die Filme Möglichkeiten auf, sich dem zu widersetzen und sich für ein solidarisches, demokratisches Miteinander einzusetzen. Die Filmreihe wurde produziert von jungen und erfahrenen Filmemacher*innen des Medienprojekts Wuppertal für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit produziert.“



Weitere Infos unter:
<https://www.medienprojekt-wuppertal.de/>

Anfragen zu Diskriminierung steigen 2018 um 15 Prozent Antidiskriminierungsstelle des Bundes legt Jahresbericht vor

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes teilt mit: „Die Zahl der Beratungsanfragen bei der unabhängigen Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Das geht aus dem Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hervor, den der kommissarische Leiter Bernhard Franke am Dienstag in Berlin vorgestellt hat.

Im Jahr 2018 gingen 3.455 Anfragen bei der Beratung der Antidiskriminierungsstelle ein, die sich auf mindestens ein im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschütztes Diskriminierungsmerkmal (Alter, Behinderung, ethnische Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion und Weltanschauung) bezogen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Anfragen um rund 15 Prozent. Die meisten Anfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bezogen sich 2018 auf die Merkmale ethnische Herkunft/rassistische Zuschreibungen (31 %)

und Geschlecht (29 %), gefolgt von Behinderung (26 %), Alter (14 %), Religion (7 %), sexueller Identität (5 %) und Weltanschauung (2 %).

‘Der Umfang und die Entwicklung der Beratungsfälle zeigen, dass Benachteiligungen ein alltägliches Problem sind’, sagte Franke. ‘Mit Sorge beobachten wir zudem eine Radikalisierung insbesondere rassistischer Ressentiments in weiten Teilen der Gesellschaft. Seit mehreren Jahren verzeichnen die Statistiken Anstiege bei rassistischen Vorfällen; das scheint sich auch im Bereich der Diskriminierung im Sinne des AGG widerzuspiegeln.’ Außerdem seien von Alltagsrassismus betroffene Menschen heute eher bereit, ihre Erfahrungen zu artikulieren und ihr Recht zu verlangen, sagte Franke und verwies auf die Hashtag-Debatten des vergangenen und dieses Jahres (#metwo, #vonhier etc.).“

Der Bericht zum Download unter:
www.antidiskriminierungsstelle.de

Dieser Schmerz betrifft uns alle Gedenkveranstaltung zum Genozid an den Armeniern am 24. April

Die Initiative „Völkermord erinnern“ veranstaltet auch dieses Jahr am 24. April ein öffentliches Gedenken: „In den Jahren 1915 bis 1917 – während des 1. Weltkriegs – wurden im osmanischen Reich weit über eine Million armenischer Kinder, Frauen und Männer systematisch ermordet. Dieser Genozid an der armenischen Bevölkerung geschah auf dem Gebiet der heutigen Türkei. In Deutschland ist nahezu unbekannt, dass Kaiser Wilhelm II. den Völkermord billigte und hunderte deutscher Offiziere das Verbrechen vor Ort aktiv unterstützten. Unter ihnen waren spätere Nazi-Schergen wie Konstantin Freiherr von Neurath, Reichsprotector von Böhmen und Mähren und einer der Hauptkriegsverbrecher in den Nürnberger Prozessen 1945/46.

Wir erinnern mit unserer Veranstaltung nicht nur an ein historisches Ereignis. Wir wollen darüber hinaus deutlich machen, dass nur eine entschiedene Ächtung der Entwürdigung von Minderheiten und die Einsicht, dass es weder religiöse, nationale noch ethnische Überlegenheit zwischen den Menschen gibt, solche Verbrechen verhindern kann.“

Berichterstattung in der Presse, Fotos und die Rede von Georg Restle unter:
<https://voelkermord-erinnern.de/>



Antimuslimischer Populismus

Neue Broschüre von Schule ohne Rassismus

Die Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage teilt mit: *„Der antimuslimische Populismus ist ein wichtiger Treibstoff für den Rechtspopulismus in Deutschland und Europa. Dabei dient der Islam als Projektionsfläche für Feindbildkonstruktionen, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Wirkung entfalten. Sie sind Ausdruck einer neuen Form des Rassismus, in der die tatsächliche oder auch nur zugeschriebene religiöse Zugehörigkeit zum Islam ethnisiert wird.*

In dem Baustein widmet sich der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler diesen öffentlichkeitswirksamen Kampagnen gegen eine „schleichende Islamisierung“ oder eine „kulturelle Landnahme“. Er stellt die gesellschaftliche Verbreitung antimuslimischer Ressentiments dar, ebenso wie die zentralen Merkmale und aktuellen Ausdrucksformen des antimuslimischen Populismus.“

PDF zum Download und Printversion unter:
<https://m.schule-ohne-rassismus.org/startseite/>

Antisemitismus nicht hinnehmen!

Appell zivilgesellschaftlicher Organisationen

Wir dokumentieren eine Mitteilung verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen zur antisemitischen Propaganda der neonazistischen Partei „Die Rechte“ (s. dazu auch S. 25): *„Die neonazistische Kleinpartei ‚Die Rechte‘ betreibt Europawahlkampf mit einem antisemitischen Tabubruch: Der Wahlkampflogan ‚Israel ist unser Unglück‘ variiert die Parole des NSDAP-Wochenblattes ‚Der Stürmer‘ (‘Die Juden sind unser Unglück’) und knüpft damit direkt an die nationalsozialistische Aufhetzung zum Juden Hass und zur Vernichtung an. Die Spitzenkandidatin der Neonazis für die Europawahl ist die 90-jährige Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, die derzeit eine Haftstrafe verbüßt.*

Ebenso betreibt ‚Die Rechte‘ Wahlkampf mit Slogans, die doppeldeutig sind und dennoch rassistische Interpretationen forcieren,

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. hat bei der Staatsanwaltschaft Köln gegen die Verantwortlichen Strafanzeige wegen Volksverhetzung erstattet. Weitere ähnlich oder gleichlautende Strafanzeigen werden folgen.

Unabhängig vom juristischen Ausgang dieses Verfahrens sind die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Auffassung, dass sich die Zivilgesellschaft zur Wehr setzen muss gegen den zunehmenden Antisemitismus und Rassismus, die ernste Bedrohungen für die Demokratie darstellen.

Dass es sich bei ‚Die Rechte‘ um eine neonazistische Partei handelt, die durch Tabubruch um

Aufmerksamkeit wirbt, ist kein Grund, zu dieser Hetze zu schweigen. Vielmehr gilt es, dem immer offener auftretenden Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Antisemitische Vorfälle und Übergriffe ereignen sich täglich, die sozialen Netzwerke sind voll von antisemitischer und rassistischer Hetze und Propaganda. Antisemitische und rassistische Strömungen verändern das gesellschaftliche Klima zusehends.

Dagegen treten wir ein für eine demokratische und soziale Gesellschaft, für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Wir appellieren an die demokratischen Parteien, politischen Organisationen, Verbände und Religionsgemeinschaften, sich in diesem Sinne zu engagieren. Polizei und Justiz fordern wir auf, mit rechtsstaatlichen Mitteln die Auswüchse konsequent zu bekämpfen. Wir appellieren an die Wahlberechtigten, bei der Europawahl Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit eine klare Absage zu erteilen.“

Köln, 30. April 2019

- Bildungsstätte anne frank
- zentrum für politische bildung und beratung hessen
- BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE e.V., Köln
- Kölner Flüchtlingsrat e.V.
- SABRA Düsseldorf – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus
- Verein EL-DE-Haus e.V., Köln

Neu in der Bibliothek

Beratung im Kontext Rechtsextremismus

Schon seit über zehn Jahren ist bei der ibs die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus angesiedelt und ist damit Teil eines Angebotes, das in Brandenburg und anderen ostdeutschen Bundesländern in den 1990er-Jahren entwickelt wurde und seit über zehn Jahren bundesweit in verschiedener Trägerschaft existiert. Die Mobile Beratung bietet schnelle und unkomplizierte Hilfe an. Sie unterstützt alle, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren wollen oder davon betroffen sind. Der nun vorliegende Sammelband fokussiert zwar stark auf Hessen, er dokumentiert aber dennoch den aktuellen Wissensstand und die verschiedenen Positionen innerhalb von Diskussionen, an denen auch Teams der Mobilien Beratung in NRW beteiligt waren. Er stellt einen wichtigen Beitrag für die Professionalisierung und die Selbstverständigung der Mobilien Beratung dar.

Im ersten Teil der Publikation werden die unterschiedlichen Felder, in denen Mobile Beratung agiert, ausgeleuchtet. So finden sich Beiträge zu Beratung in Kommunen, von zivilgesellschaftlichen Bündnissen, von Schulen, von Familien und Beratung im Sport. Interessierte bekommen anhand konkreter Beispiele einen Einblick in die Herangehensweisen in der Entwicklung von Lösungen und Gegenstrategien. Es kommen verschiedene Perspektiven zur Geltung (eine der vielen Stärken des Bandes), bei denen deutlich wird: Es gibt keinen Gegensatz von Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen, sondern Mobile Beratung lebt geradezu von einem ständigen Theorie-Praxis-Transfer.

Im zweiten Teil geht es stärker um Methoden, hier vor allem um die systemische Beratung, auf die sich auch viele Akteure im Kontext Rechtsextremismus beziehen. Von besonderem Interesse sind die sich daraus entwickelnden Kontroversen (in der Struktur des Bandes als Teil III vorgestellt). Friedemann Bringt und Heiko Klare beispielsweise kritisieren die Beliebigkeit des Begriffes „systemische Beratung“ und stellen praxisnahe Bruchstellen im Themenfeld Demokratieentwicklung dar. So problematisieren sie ein Verständnis von Neutralität als Allparteilichkeit in einem systemischen Prozess. Mobile Beratung könne keine neutrale Instanz sein, sondern müsse sich als ein normativ gerahmter menschenrechtsorientierter Beratungs- und Interventionsansatz verstehen.

Dagegen (oder besser: ergänzend) spricht sich Rainer Becker für eine „Ethik“ der Mobilien Beratung aus. In Zeiten, in denen ein Konsens über die basalen Werte immer mehr zu erodieren scheint, gelte es für die Mobile Beratung nicht „das Wahre“ zu verkünden, sondern die normativen Orientierungen des eigenen Handelns zu diskutieren, zu klären und zu schärfen.



Dass dazwischen ein Artikel über das Reden mit rechtsorientierten Jugendlichen eingeschoben wurde, mag darin begründet sein, dass es dabei auch um ganz grundlegende Fragen, wie die nach dem Umgang von Berater/innen mit einem Gegenüber mit einem anderen Wertegerüst geht. Andreas Born sieht im Aufbau eines beziehungsorientierten Vertrauens eine sozialpädagogische Aufgabe. Dass Mobile Beratung hierbei mitunter eine andere Position wahrnimmt, bleibt leider zu wenig beachtet. In diesem Zusammenhang wäre eine Perspektive der Opferberatung – vielleicht auch an anderer Stelle des Sammelbandes – interessant gewesen, die in der Publikation nur marginal vorkommt.

Bedauerlich ist zudem, dass aktuelle Diskussionen nicht umfassend berücksichtigt werden konnten. Auch wenn in der Einleitung formuliert wird, dass „gegenwärtige gesellschaftliche Unsicherheiten und Suchbewegungen im Umgang mit der Neuen Rechten“ sich mitunter wie im Brennglas in den konkreten Beratungsfällen vor Ort abzeichnen würden, spiegelt sich die große Herausforderung der parteiförmigen Erscheinung des Rechtspopulismus leider zu wenig in der Veröffentlichung wider.

Trotzdem ist diese Publikation die erste ihrer Art und ein Muss für alle, die die verschiedenen Facetten von Beratung im Kontext Rechtsextremismus überblicken und diskutieren möchten. (kg)

**Reiner Becker, Sophie Schmitt (Hg.): Beratung im Kontext Rechtsextremismus
Felder - Methoden - Positionen**

Wochenschau-Verlag, Frankfurt/M. 2019
384 Seiten, 39,90 Euro
ISBN 978-3-7344-0607-2

Am rechten Rand

Rechte Gewalt in NRW ist 2018 wieder gestiegen

OBR (Opferberatung Rheinland) und BackUp (Opferberatung in Westfalen-Lippe), die beiden Beratungsstellen für Betroffene extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter Gewalt in NRW teilen mit: „Die beiden Beratungsstellen registrieren nach dem extremen Anstieg politisch rechts motivierter Gewalt in den Jahren 2014 bis 2016 eine erneute Zunahme um 11% im Vergleich zum Jahr 2017. Bei einem Großteil der Gewalttaten in NRW handelt es sich um Körperverletzungen (2018: 92%, 2017: 89%). Statistisch betrachtet wird in NRW alle 38 Stunden ein Mensch angegriffen, verletzt oder massiv bedroht. Hinter diesen abstrakten Zahlen stehen Menschen, die durch die Gewalt massiv in ihrem Leben und Alltag getroffen und eingeschränkt werden und denen wir als Beratungsstellen im Rheinland und in Westfalen-Lippe in jedem Einzelfall unsere solidarische Unterstützung anbieten“, so Birgit Rheims von der OBR.

Rassismus stellt mit 159 Angriffen und einem Anteil von 69% aller registrierten Gewalttaten weiterhin das häufigste Tatmotiv dar (2017: 158 Angriffe). 191 Menschen wurden 2018 aufgrund ihrer (vermeintlichen) Herkunft oder ihrer Religionszugehörigkeit angegriffen, darunter viele, die seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben, Schwarze Menschen, Muslim*innen und Rom*nija sowie Geflüchtete. Birgit Rheims: 'Wir beobachten seit Jahren zunehmende rassistisch geprägte Diskurse in Politik und Gesellschaft, durch die sich Gewalttäter*innen offensichtlich legitimiert fühlen. Dies ist eine gesamtgesellschaftlich dramatische Entwicklung.'

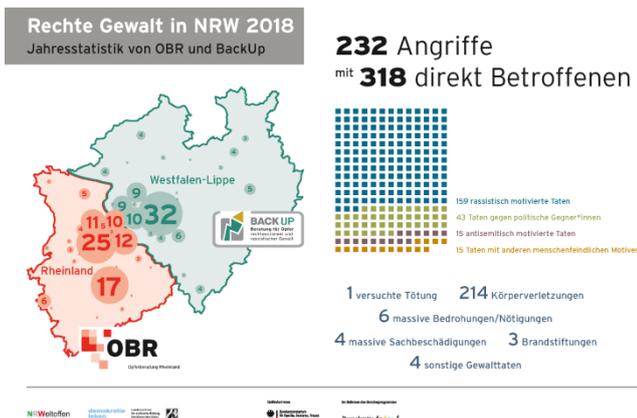
Die Angriffe auf politische Gegner*innen sind

2018 auf 43 gestiegen (2017: 34). Betroffene waren Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie für Geflüchtete engagieren. Ein Viertel dieser Angriffe fand im Umfeld von Kundgebungen und Aufmärschen extrem rechter Gruppierungen statt, so etwa in Dortmund, Düsseldorf und Köln. 'Im landesweiten Vergleich weist Dortmund die meisten Angriffe gegen politische Gegner*innen auf, was sich auf die aktive rechte Szene in der Stadt zurückführen lässt', so Martin Kesztyüs von BackUp. 'Gezielte Bedrohungen und gewalttätige Angriffe haben häufig das Ziel, politische Gegner*innen einzuschüchtern und stellen einen Versuch dar, das gelebte Engagement der Aktiven einzuschränken'.

Ein Anstieg ist ebenfalls bei den antisemitisch motivierten Gewalttaten zu verzeichnen. Während den Beratungsstellen 2017 keine Angriffsfälle bekannt wurden, sind 2018 insgesamt 15 antisemitische Gewalttaten registriert worden. Die Jahresbilanz 2018 von OBR und BackUp enthält vor allem versuchte oder vollendete Körperverletzungsdelikte (92% der Fälle): Neben einer schweren Körperverletzung/versuchten Tötung handelt es sich im Detail um 74 gefährliche und 140 einfache Körperverletzungen. Darüber hinaus wurden drei Brandstiftungen sowie sechs massive Bedrohungen und vier Sachbeschädigungen mit gravierenden Folgen für die Betroffenen erfasst.

In NRW gibt es im Rückblick auf 2018 nur wenige Kreise und kreisfreie Städte, die nicht mit politisch rechts motivierter Gewalt konfrontiert waren. Lokale Schwerpunkte der Gewalt sind vor allem die Großstädte entlang von Rhein und Ruhr mit hoher Einwohnerzahl, aktiver extrem rechter Szene vor Ort und rechten Kundgebungen und Aufmärschen. 2018 stechen vor allem die Städte Dortmund (32 Gewalttaten), Düsseldorf (25 Gewalttaten) und Köln (17 Gewalttaten) innerhalb des Monitorings hervor, bei allen drei Städten ist zudem ein Anstieg der Angriffszahlen im Vergleich zum Vorjahr zu vermerken.

'Ziel unseres unabhängigen Monitorings für NRW ist es, das Dunkelfeld rechter Angriffe aufzuhellen und das Ausmaß der Gewalt sichtbar zu machen', so Martin Kesztyüs von BackUp. 'Unsere Bitte an alle direkt oder indirekt Betroffenen ist es deshalb, rechte Gewaltfälle an OBR bzw. BackUp zu melden!'



Neonazi Frank Kraemer unterwegs

Am 3. März veranstaltete der „Freundeskreis Westerwald“ eine Lesung mit Frank Kraemer. Der Eitorfer Neonazi las dort aus seinem kürzlich erschienenen Buch „Werde unsterblich. Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie“. Eng verbunden ist der „Freundeskreis Westerwald“ mit seinem Pendant „Freundeskreis Rhein-Sieg“, der als extrem rechtes Sammelbecken im Rhein-Sieg-Kreis fungiert.

Am 18. April war Kraemer zudem im Gespräch mit dem Radio-Format „Revolution auf Sendung“ der neonazistischen Kleinstpartei Der Dritte Weg und sprach zum gleichen Thema. Einen Tag später wurde auf dem Youtube-Kanal von RT Deutsch das Format „Der Fehlende Part“ veröffentlicht, das sich mit Frank Kraemer

und Nana Domena sowie deren Projekt „Multi-kulti trifft Nationalismus“ beschäftigt. RT (ehemals Russia Today) ist ein vom russischen Staat gegründeter und finanzierter Fernsehsender im Ausland, zu dem Nachrichtenformate, Talkshows und Dokumentationen gehören. Der Sender verfolgt das Ziel, ein Gegengewicht zu „westlichen Medien“ zu etablieren und russische Perspektiven auf verschiedene Themen zu platzieren. Die Sendung des deutschen RT-Ablegers lief unter dem Titel „Politisch Inkorrekt: <Moderner Nationalist> trifft auf <Power-Migrant>“ und bot Kraemer eine Dreiviertelstunde Zeit, um sein nationalistisches und rassistisches Weltbild darzubieten, was von Domena gewohnt unreflektiert und unkritisch begleitet wurde. (kl)

„Combat 18“ in NRW aktiv



Im Februar dieses Jahres stellte die Landtagsabgeordnete Verena Schäffer (Grüne) eine Kleine Anfrage zu dem neonazistischen Netzwerk „Combat 18“ (C18), die am 19. März von der Landesregierung beantwortet wurde. Demnach geht man aktuell von einer einstelligen Personenzahl aus, die in Nordrhein-Westfalen C18 zugerechnet werden. Eine letztmalige statistische Erfassung des BKA fand demnach Ende 2017 statt und ergab, dass zwei zwölf Personen C18 zuzuordnen sind, von denen inzwischen jedoch drei nicht mehr in NRW wohnen. Diesen zwölf C18-Mitgliedern wurden in den vergangenen zehn Jahren 84 Straftaten nachgewiesen, wie eine Übersicht der Landesregierung verdeutlicht. Die Liste der Delikte gibt einen Einblick in extrem rechte Erlebniswelten: Volksverhetzung, Bedrohung, gefährliche Körperverletzung, Landfriedensbruch, Diebstahl mit Waffen, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Verstoß gegen das Waffengesetz und andere Straftaten werden dort genannt. Alleine 20 der 84 Straftaten trugen sich in Köln zu, eine in Marienheide (Oberbergischer

Kreis). Damit wurde ein Viertel der Delikte im Regierungsbezirk Köln begangen. Die Sicherheitsbehörden attestieren dem Personenkreis eine Waffenaffinität sowie individuelle Gewaltbereitschaft.

Die Beantwortung einer Kleinen Anfrage auf Bundesebene u.a. der Bundestagsabgeordneten Martina Renner (Linke) vom 28. Januar 2019 ergab bereits, dass die Sicherheitsbehörden zwischen dem 1. Januar 2016 und 8. November 2017 bundesweit insgesamt mindestens 14 Schießübungen deutscher Neonazis im In- und Ausland registrierten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung erklärte am 19. März, dass es nach ihren Erkenntnissen auch eine Beteiligung aus NRW an solchen Schießübungen im Ausland gab.

In Deutschland gründete sich 2012 eine „Combat 18“-Sektion als Teil einer international agierenden neonazistisch-terroristischen Organisation, die als bewaffneter Arm des in Deutschland seit 2000 verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerks gilt. „Combat 18“ steht für „Kampftruppe Adolf Hitler“, demnach die Buchstaben 1 und 8 als Codes für die Buchstaben A und H dienen. C18-Mitglieder glauben an einen bevorstehenden „Rassenkrieg“, der ganz Europa erfassen und die bestehenden gesellschaftlichen Ordnungen auflösen werde. In Vorbereitung auf dieses Szenario vernetzen sie sich, besorgen Waffen, führen Schießtrainings durch und bekämpfen schon jetzt diejenigen, die sie als politische Gegner und Feinde ansehen. (kl)

Prozess gegen MAD-Offizier in Köln

Im März fand an zwei Prozesstagen vor dem Amtsgericht Köln ein Verfahren gegen den Oberstleutnant Peter W. des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) wegen Dienstgeheimnisverrats statt. W. soll im Zuge der Ermittlungen gegen den mutmaßlichen rechtsextremen Soldaten Franco A. einen Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) über drohende Hausdurchsuchungen durch das BKA gewarnt haben. Dieser Soldat wiederum, André S., Spitzname „Hannibal“, steht an der Spitze des Vereins Uniter e.V., der laut Recherchen der taz Teil eines bundesweiten Netzwerks sein soll, in dem sich unter anderem Soldaten und Polizisten auf einen Tag X, den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung vorbereiten. Dafür sollten sichere Rückzugsorte sogenannte „Safe Houses“ genutzt und Depots angelegt werden. Franco A. war in Chatgruppen im Umfeld dieses Netzwerks aktiv. André S., der im Prozess als Zeuge geladen war und mit Uniter-Abzeichen auftrat, hatte gegenüber weiteren KSK-Soldaten erzählt,

über die bevorstehenden Aktionen des BKA durch einen „Oberstleutnant des MAD“ gewarnt worden zu sein. Er hatte daraufhin einen Laptop durch Kameraden in Sicherheit bringen lassen. Als Begründung habe er gesagt, darauf seien Sachen, die nicht gefunden werden sollen. Entsprechend blieben die Durchsuchungen im September 2017 ergebnislos. Gleichzeitig wurde S. im Prozess von Zeugen auch als „Schwätzer“, „Schaumschläger“ und „Hochstapler“ beschrieben, was die Frage aufwirft, ob seine vermeintlichen Kontakte zum MAD tatsächlich existieren. Wie die Information über die bevorstehenden Aktionen des BKA letztendlich an S. gelangten, konnte im Prozess nicht geklärt werden. W. wurde freigesprochen.

Der Verein Uniter wollte am 19.04.2019 seinen Veteranentag in Düsseldorf mit einem Spaziergang und eine Schifffahrt auf dem Rhein begehen. Nachdem dieser kurzfristig abgesagt wurde, fand er nun doch an einem anderen Ort statt. (fe)

OB Reker: „Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in unserer Stadt keinen Platz“

Die Stadt Köln teilt mit: *„Entsetzt reagierte Oberbürgermeisterin Henriette Reker auf die Anfeindungen und antisemitischen Äußerungen, denen sich der Kölner Rabbiner Yechiel Brukner bei seinen Fahrten mit Bussen und Bahnen im Kölner Stadtgebiet ausgesetzt sah. Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die die Anfeindungen aufs Schärfste verurteilt, hat den Rabbiner zu einem Gedankenaustausch ins Rathaus eingeladen, um gemeinsam zu erörtern, auf welche Weise Köln ein Zeichen gegen Antisemitismus setzen kann: ‚Ihre persönlichen Erfahrungen mit antisemitischen Schmähungen durch Kölner Einwohnerinnen und Einwohner erfüllen mich mit tiefem Entsetzen und es tut mir sehr leid, dass Sie in unserer Stadt als religiöse Autorität der jüdischen Gemeinde und als Kölner Bürger solchen schlimmen Anfeindungen ausgesetzt sind. Ich werde dies als Oberbürger-*

meisterin dieser Stadt nicht hinnehmen, so wie auch die Kölner Stadtgesellschaft dies nicht einfach hinnehmen darf,‘ heißt es in dem Einladungsschreiben der Oberbürgermeisterin. ‚Diese Geschehnisse, wie auch ähnliche Erfahrungen anderer Kölnerinnen und Kölner jüdischen Glaubens zeigen mir aber, dass es auch in Köln antisemitische Strömungen gibt, denen wir gemeinsam entgegenzutreten müssen. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in unserer Stadt keinen Platz‘, heißt es weiter.

Reker: ‚Ich möchte allen Einwohnerinnen und Einwohnern Kölns sowie auch Zugewanderten, die in Köln eine neue Heimat gefunden haben, sehr deutlich machen, dass Respekt vor Andersgläubigen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden die einzigen Wege eines friedlichen Miteinanders sind.‘“

Helmut Roewer bei den Raczecks zu Bonn

Die extrem rechte „Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn“ lud am 4. April nach eigenen Angaben Helmut Roewer für einen Vortrag ein. Der ehemalige Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (1994 – 2000) referierte demnach zum Thema „Die politische Rolle des Verfassungsschutzes in der BRD“. In seiner Amtszeit blühte die neonazistische Szene in Thüringen durch finanzielle und logistische Unterstützung des Verfassungsschutzes für sogenannte „V-Leute“ aus den Reihen der NPD sowie des Thüringer Heimatschutzes auf. Ebenfalls in dieser Zeit begaben sich die Rechtsterrorist_innen des NSU in den Untergrund, um in den folgenden Jahren zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und zahlreiche Raubüberfälle zu begehen. Im Jahr 2000

wurde Roewer nach mehreren Skandalen vom Dienst suspendiert. Den NSU-Untersuchungsausschuss verglich er 2012 mit einem „stalinistischen Schauprozess“ und tat sein Bestes, um die Aufklärung der Mordserie zu verhindern. In den letzten Jahren publizierte er in diversen rechten verschwörungsideologischen Medien und vertrat unter anderem 2016 öffentlich die These, dass die Mordserie nicht vom NSU begangen wurde, sondern vielmehr auf ethnische Konflikte zwischen türkischen und kurdischen Gruppen zurückzuführen sei. Ein rechtsextremes Motiv sei demnach „denkbar unwahrscheinlich“, sagte er damals gegenüber dem Format QuerdenkenTV. Ob die Veranstaltung in Bonn tatsächlich stattgefunden hat, ließ sich nicht belegen. (kl)

„Widerstand steigt auf“ in Düren und Köln

Das identitäre Grüppchen „Widerstand steigt auf“ war mit seiner Kampagne „Freie Medien“ erneut mehrfach im Regierungsbezirk Köln präsent. Am 6. April bezog man abermals auf dem Wallrafplatz in der Kölner Innenstadt Stellung und versuchte verschwörerische „Informationsmaterial“ unter die Menschen zu bringen. Am 13. April fand ein sogenannter „Infostand Freie Medien“ in der Dürener Innenstadt (Wirtelstraße

/ Kölnstraße) statt. Verstärkung gab es dort von David Berger, der verantwortlich für den Blog „Philosophia Perennis“ ist und als Zugpferd des verschwörungsideologischen Spektrums gilt. Am 27. April war man erneut in Köln in Domnähe vertreten, dieses Mal unter dem Motto „Zukunft Europa“. Die Gruppe ruft anlässlich der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament zur Wahlbeobachtung auf. (kl)

Gedenktafel in Radevormwald geschändet!

Das Linke Forum Radevormwald (LF) teilt mit: „Von einem Mitglied des LF wurde am 15. April 2019 morgens entdeckt, dass Unbekannte die „Gedenktafel an die Opfer des NS-Regimes in unserer Stadt“ am Bürgerhaus der Stadt Radevormwald am Schloßmacherplatz beschmiert haben. Sie erinnert an die über 200 Radevorm-

walder, die hier von den Hitler-Faschisten eingesperrt und misshandelt wurden. Wir sehen hier einen klar erkennbaren politischen Hintergrund und haben Anzeige wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung, Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erstattet.“

Fensterfront bei LSBT- Beratungseinrichtung rubicon e.V. zerstört

Rubicon e.V. teilt mit: „In den frühen Morgenstunden des Ostersonntags wurde bei rubicon e.V. in Köln, Träger von kommunalen und landesweiten Projekten zur Beratung von Lesben, Schwulen und Trans*personen sowie zu Antidiskriminierung und Antigewalt-Arbeit eine der großformatigen Scheiben zur Straßenfront eingeschlagen.

An der Scheibe, die auch den Schriftzug des rubicon trägt, waren Plakate gegen Rassismus und Gewalt angebracht. Eine homophobe und rassistische Motivation für diese Tat könne nicht ausgeschlossen werden, so Dr. Beate Blatz, Geschäftsführerin des rubicon e.V.. Die Polizei ermittelt gegen unbekannt.“

Die Rechte Rhein-Erft im Europa-Wahlkampf



Ende März stellte der Kreisverband Rhein-Erft der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte seinen Wahlkampf im Rahmen einer internen Veranstaltung vor. Inhaltlich versucht man dabei erst gar nicht, gesellschaftliche Anschlussfähigkeit zu suggerieren, wie die Slogans der Wahlplakate verdeutlichen. Dort heißt es „Wählt rechts!“ und „Wir hängen nicht nur Wahlplakate!“. Besonderes Aufsehen erregte das Wahlplakat mit dem Leitsatz „Israel ist unser Unglück!“, das unweigerlich an die nationalsozialistische Parole „Die Juden sind unser Unglück“ anknüpft und bereits in unmittelbarer Nähe zu jüdischen Institutionen gesehen wurde. Darüber hinaus ist der Wahlkampf voll auf die wegen

mehrfacher Holocaust-Leugnung rechtskräftig verurteilte und inhaftierte Ursula Haverbeck ausgerichtet. Die 90-jährige Haverbeck wird als „Dissidentin“ bezeichnet, die sich als „politische Gefangene“ in „Gesinnungshaft“ befände. Neben kleineren „Infoständen“ organisierte Die Rechte am 20. April eine Demonstration durch Wuppertal – auch unter Beteiligung von Personen aus dem Rhein-Erft-Kreis. Ein ausführlicher Bericht zu dieser Demonstration findet sich unter www.mbr-koeln.de.

Das Wahlprogramm der neonazistischen Partei knüpft indes nahtlos an diese Parolen an. In einem „25 Punkte Programm“ fordert man unter anderem, „Großdeutschland in seinen angestammten Grenzen wiederherzustellen“ und „angestammte deutsche Siedlungsgebiete“ wieder „heim ins Reich“ zu holen. Neben einer Beteiligung an der europaweiten antisemitischen Kampagne gegen den ungarischen Investor George Soros fordert Die Rechte ebenso die Wiedereinführung der Todesstrafe, unter anderem „in Fällen von Hoch- und Landesverrat“. Das Erlangen eines Sitzes im Europäischen Parlament für Die Rechte gilt als äußerst unwahrscheinlich. (kl)

Angriff auf Zuwanderer in Gummersbach

Wie die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis meldete, wurde am 23. April ein 20-jähriger in Gummersbach von etwa zehn Männern mit Tritten und Schlägen angegriffen. Erst als sich zwei Personen eingemischt und couragiert dazwischen gegangen seien, hätten die

Täter von dem Mann abgelassen und sich vom Tatort entfernt. Der Geschädigte erstattete Anzeige bei der Polizei, die Ermittlungen laufen. Ein rassistisches Tatmotiv kann gegenwärtig weder ausgeschlossen noch bestätigt werden. (kl)

Nazi-Schmierereien in Niederzier und Köln

In Niederzier (Kreis Düren) wurden in den vergangenen Wochen immer wieder neonazistische Schmierereien entdeckt. Nun wandte sich der Bürgermeister der Gemeinde, Hermann Heuser, an die Öffentlichkeit und sprach gegenüber dem WDR von einer „besorgniserregenden Entwicklung“, da die Aufkleber in manchen Ortsteilen „inzwischen an jedem Laternenmast zu sehen“ seien. Neben altbekannten nationalsozialistischen Symbolen wie dem Hakenkreuz und SS-Runen sowie Parolen wie „NSDAP Verbot auflösen“ und „BRD verrecke“ wurden zuletzt immer öfter auch antisemitische Parolen an



Wänden und Wartehäuschen entdeckt. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

Auch in Köln wurden zuletzt wieder neonazistische Schmierereien entdeckt. In der Weilburger

Straße im rechtsrheinischen Stadtteil Kalk wurden Ende April gleich sechs große Hakenkreuze sowie der Schriftzug „SS“ an mehrere Häuserwände gesprüht. (kl)

ZDF lehnt Wahlwerbespot der NPD ab

Parteien haben im Vorfeld von Wahlen die Möglichkeit, sich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Rundfunk den Wählerinnen und Wählern zu präsentieren. Das ZDF lehnte jedoch einen Videobeitrag der NPD mit der Begründung ab, dass dieser den Straftatbestand der Volksverhetzung erfülle. Die NPD klagte dagegen, das Verwaltungsgericht Mainz sowie das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz (Koblenz) gaben dem Sender jedoch recht und wiesen die Klage der extrem rechten Partei ab. Zuletzt zog die NPD mit einem Eilantrag vor das Bundesverfassungsgericht und verlangte die Ausstrahlung des Spots durch das ZDF. Das BVerfG verkündete in einer Pressemitteilung vom 27. April die Ablehnung des Antrags, womit der NPD die Ausstrahlung des Videos höchstinstanzlich untersagt wurde.

In dem Wahlwerbespot wird behauptet, Deutsche würden „seit der willkürlichen Grenzöffnung 2015 und der seither unkontrollierten Mas-

senzuwanderung fast täglich zu Opfern ausländischer Messermänner“. Es folgt die Aussage „Migration tötet!“ sowie ein Aufruf zur Schaffung von Schutz-zonen als Orten, an denen Deutsche sich sicher fühlen sollten.

Zuletzt hatte sich auch die in letzter Zeit nicht öffentlich in Erscheinung tretende NPD Köln an diesem „Schutz-zonenkonzept“ beteiligt und war nach eigenen Angaben mit einer „Streifen“ in der Kölner Innenstadt unterwegs. Fotos zeigten den langjährigen NPD-Aktivisten Bruno Kirchner sowie zwei weitere Personen vor dem Kölner Dom. Die NPD bangt derzeit um den Wiedereinzug in das Europäische Parlament. Bei der letzten Wahl 2014 erlangte sie noch 1% der Stimmen und somit einen der insgesamt 96 deutschen Sitze. Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt ist seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und zugleich der Spitzenkandidat für die anstehende Wahl. (kl)

„Aufbruch Leverkusen“ löst „pro NRW“ ab?!

Bereits im letzten Newsletter berichteten wir über die augenscheinliche Auflösung der extrem rechten Kleinstpartei „pro NRW“. Der Rheinischen Post Online vom 29. April zufolge soll „pro NRW“ kürzlich in einer Pressemitteilung die eigene Auflösung als Partei verkündet haben. Künftig wolle man nur noch als „überparteilicher Verein im vorpolitischen Raum“ agieren. Ebenso berichtete die Rheinische Post, dass sich der von Markus Beisicht initiierte „Aufbruch Leverkusen“ bereits als Partei formiert hätte.

Im Widerspruch dazu steht die Mobilisierung für eine Kundgebung des Aufbruch Deutscher

Patrioten Mitteldeutschland (ADPM) am 1. Mai in Leipzig. Auf einer in den sozialen Netzwerken kursierenden Ankündigung für die Veranstaltung wird neben André Poggenburg auch Markus Beisicht als Redner genannt – allerdings als Vertreter von „pro NRW“. Auch das Logo der eigentlich abgewickelten Partei ist dort zu sehen. Einen Hinweis auf den „Aufbruch Leverkusen“ findet sich dort jedoch nicht. So darf man gespannt sein, was die nächsten Wochen an weiteren Kuriositäten um den erfolglosen Beisicht bringen werden. (kl)

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), NS-DOK (M.),
S. 3: NS-DOK (o.), bpk (u.), Michael Gross (u.)
S. 4: Peter Finkelgruen
S. 5: Wolfgang Meier/RBA (o.), Wandel Lorch Architekten; Jörn Neumann (u.)
S. 6: KGFCJZ
S. 7: epubli
S. 8: unrast-Verlag
S. 9: kvfr
S. 10: Loh/Güngör
S. 11: KGFCJZ (M.), dontworry/wikipedia (u.)
S. 12: BVIB
S. 13: bpb
S. 14: privat (o.), wg-koeln (M.), Schauspiel Köln (u.)
S. 16: Dietz-Verlag
S. 17: IDA-NRW
S. 18: Medienprojekt Wuppertal
S. 19: Initiative „Völkermord erinnern“
S. 21: Wochenschau-Verlag
S. 22: OBR/BackUp
S. 23: ibs
S. 26: Jennifer Marken (o.), Gemeinde Niederzier (u.)

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.